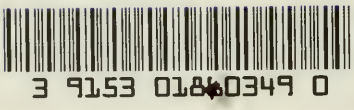
HQ
1627
.M44

Deutsche Volkspartei
Zur Frauenfrage

University of
Connecticut Libraries



GAYLORD RG

Die Deutsche Volkspartei zur Frauenfrage

Von

Clara Mende

Mitglied der Nationalversammlung

1919

Staatspolitischer Verlag G. m. b. H. / Berlin

„Vollends ein Gebiet, auf welchem Unfreiheit und Unduldsamkeit wuchern, betreten wir, wenn wir fragen nach dem Standesbegriff des mächtigsten und geschlossensten der Stände — oder wie sonst wir diese natürliche Aristokratie nennen wollen — des männlichen Geschlechtes.... Das politische Elend des Volkes bietet eine reine menschliche Seite, welche von den Frauen tiefer, feiner, inniger verstanden werden kann, als von uns. Soll denn von dieser Fülle des Enthusiasmus und der Liebe, vor der wir so oft kalt und bettelarm und herzlos dastehen, nicht ein ärmlicher Bruchteil dem Vaterland gelten",

so schrieb Treitschke vor mehr als sechs Jahrzehnten und wollte damit den Männern seiner Zeit klar machen, daß die völlige Ausschaltung der Frauen aus dem öffentlichen Leben ein Unding war. Er spottet damals über „die Herrn des Erdkreises", denen „gar politisierende Weiber ein Greuel" sind, aber erreicht hat er nicht viel damit, er blieb, wenigstens innerhalb der bürgerlichen Parteien, ein Prediger in der Wüste, und es war notwendig, daß die Frauen ihre politische Zukunft selbst in die Hand nahmen.

Weil die Frauen so viel Widerstand, so viel Unverstand, so viel Übelwollen fanden und recht oft dahinter kalte Herrschsucht, Bequemlichkeit und Konkurrenzfurcht vermuten und erkennen mußten, nahm die Frauenbewegung die Form des Kampfes der rechtlosen nach Rechten strebenden Masse gegenüber der Macht besitzenden Herrenklasse an. Ein entschiedener Nachteil für die Gesamtheit des Volkes; denn Männer und Frauen sind aufeinander angewiesen und sollen miteinander gegen gemeinsame Feinde kämpfen. Die Sozialdemokratie war in der gleichen Lage wie die Frauen, sie kämpfte ebenfalls um Rechte, die ihr die bürgerliche Gesellschaft nicht geben wollte, und so kam es, daß die Sozialdemokraten schon vor 60 Jahren für die politische Gleichberechtigung der Frauen eintraten. Nicht um der schönen Augen der Frauen willen, nicht aus ethischen Beweggründen, sondern in erster Linie aus taktischen Gründen, um ihre Kampffront zu verbreitern und zu vertiefen. Welche Gründe auch immer die Sozialdemokratie dazu bewogen haben, sie erntet jetzt in der neuen Ära die Früchte ihres früheren Handelns, sie hat eine gut geschulte, in der Parteidisziplin wohl erzogene Frauentruppe mitzubringen und hat ihrer weiblichen Anhängerschaft manchen

Wahlerfolg zu danken. Ohne die Beweggründe zu kennen, sind auch viele Frauen, die ihrer ganzen Anschauung und Erziehung nach nicht in die Sozialdemokratie gehören, zu ihr übergegangen, weil sie in dieser Partei die idealen Vorkämpfer für Frauenwünsche und -Bestrebungen gesehen haben. Sie sind noch zu ungeschult im politischen Leben und in politischen Gedankengängen, um die Schlagwortherrlichkeit, die innere Hohlheit des augenblicklichen Sozialismus erkennen zu können. Die Frauen, die dieser Partei beitraten, die so viel versprach und jetzt so wenig halten kann, werden bald grausam enttäuscht sein und werden schwer an dieser Enttäuschung tragen; denn die Frauen sind aktiv, sie wollen mitarbeiten, wollen handeln und nicht Theorien aufbauen, die in der harten Wirklichkeit versagen. Darum ist es für die Frauen so schwer, im Parlament zur Opposition zu gehören, weil sie lieber positive als negative Arbeit leisten.

Es rächt sich jetzt an den bürgerlichen Parteien, daß sie bis vor kurzem den „Frau-im-Hause-Standpunkt" als allein richtigen eingenommen haben. Die bürgerlichen Parteien hatten es sehr schwer, genügend Frauen zu finden, die sie auf ihre Listen zu den Wahlen stellen konnten, weil ihre Frauen nicht vorbereitet, nicht politisch erzogen waren. Auf mancher Liste steht wohl auch die Frau so einsam und so weit hinten, weil man in diesem oder jenem Wahlkreis noch nicht mit den alten Traditionen brechen konnte oder wollte, alle alten Bewerber von olims Zeiten an wieder zu Ehren zu bringen, ohne sich darüber klar zu sein, daß in neuen Verhältnissen auch neue Leute eintreten müssen. Die bürgerlichen Parteien haben vor dem Krieg die Frauen nur widerwillig geduldet, seitdem das Vereinsgesetz den Frauen den Weg in die politischen Parteien freigemacht hatte; zu einer richtigen, erfolgreichen oder auch nur gern gesehenen Mitarbeit in den Parteien ist es in den allerseltensten Fällen gekommen. Die zielbewußten Frauen arbeiteten an sich und an ihren Mitschwestern, um Verständnis für die eigene Stellungnahme zu den großen Fragen des öffentlichen Lebens zu bekommen und weiterzuverbreiten, und langsam kam die Vertiefung in breitere Schichten hinein. Treitschke war damals noch der Ansicht, daß sich die deutschen Frauen „niemals den Kopf zerbrechen würden über Grundsteuern und Handelsverträge". Die Volkswirtschaft lenkte aber in Bahnen ein, in denen Tausende von Frauen nicht nur der Arbeiterklasse, zur Erwerbstätigkeit genötigt wurden, damit kamen ihnen Steuerfragen und Handelsverträge ganz von selbst in greifbare Nähe. Der Krieg zwang ungezählte Frauen dazu, sich mit allen diesen Problemen zu befassen, weil sie den Mann ersetzen mußten, den eigenen Mann in eigenem Büro oder Laden, Fabrik oder Betrieb, den fremden in fremden Geschäft, weil er inzwischen draußen für die deutsche Frau kämpfte und litt. Diese Tätigkeit erweiterte den Gesichtskreis der Frau ganz ungemein und lange bestehende Schranken fielen: die Frau wurde die Kameradin des Mannes. Aber auch die große Politik kam den Frauen näher: das Interesse am Krieg, seiner Ursache, seiner Veranlassung, seinem weiteren Verlauf, die Hoffnung auf den Sieg, der Wunsch nach einem größeren und mächtigeren Deutschland auf der einen Seite, die Furcht vor dem Unterliegen, die Angst vor der Vernichtung

und Zerrüttung des Vaterlandes auf der andern Seite, bringen Mann und Frau sich näher, die gleichen Ansichten verbinden die Menschen, und endlich fiel einmal der Unterschied zwischen den Geschlechtern; sie waren alle Deutsche, die ihrem Vaterland helfen und dienen wollten. Mag mancher es beklagen, daß alte ethische Werte im Wesen der Frau, hergebrachte Begriffe und angenommene weibliche Tugenden dadurch verloren gehen, die Tatsache ist gegeben, und der Realpolitiker muß ihr ins Gesicht sehen.

Für die politischen Parteien konnte bei dieser Sachlage nur ein Gesichtspunkt maßgebend sein: wie kann dieser Drang der Frauen, sich öffentlich nützlich zu betätigen, dem Vaterland dienstbar gemacht werden? Dadurch, daß man die Frau eingliedert in die Parteiorganisationen, um sie zur politischen Mitarbeit zu erziehen.

Die Freisinnigen und das Zentrum machten sich bald daran, diese Aufgabe zu lösen, aber über ein vorsichtiges Tasten kamen sie auch noch während des Krieges nicht hinaus. Die Konservativen verhielten sich ganz ablehnend, und die Nationalliberalen gingen langsam und bedächtig vor, aber der Vorwurf, der ihnen so oft gemacht wird, sie hätten sich nicht nur nicht um die Frauen gekümmert, sie nicht herangezogen, sondern sie sogar zurückgedrängt, und sie nicht aufgenommen, trifft nur einzelne Kreise und Persönlichkeiten, nicht die Gesamtheit der Partei. Rückständige Vertreter hatten in dieser Beziehung alle Parteien, wie die traurigen Verhandlungen über Frauenpetitionen im Januar 1918 im preußischen Abgeordnetenhaus zeigten. Leider ist dort kein beredter Freund der Frauen aus den bürgerlichen Parteien aufgetreten und hat für sie gesprochen; neben dem absoluten Mangel an Interesse, der sich darin zeigte, daß keine der Fraktionen auch nur zu einem Zehntel anwesend war, hatten sie auch sämtlich ihre besten Redner an diesem Tag geschont, so schlecht wie die Konservativen mit ihren vorsündflutlichen Ansichten schnitt allerdings keine der anderen Parteien ab. Der nationalliberale Redner vertrat voll und ganz die Wünsche, die die Frauen seiner Partei geäußert hatten: Mitarbeit der Frau in den Kommissionen der Kommunen, kirchliches und kommunales Wahlrecht in absehbarer Zeit.

Seit 1911 gab es nationalliberale Frauenorganisationen. Diese Gruppen haben sich seitdem stets bemüht, der Sache der Partei und damit der des Vaterlandes zu dienen, haben niemals ein eigenes, von dem Schicksal der Männervereine getrenntes Leben beansprucht, sondern sich stets als ein Glied dieser Organisationen betrachtet. Der Mangel an Schulung in politischen Dingen und die daraus erwachsende Abneigung, sich mit diesen Fragen zu befassen, waren bisher Begleit- und wohl auch Folgeerscheinungen der Vorenthaltung der politischen Rechte der Frau. Diese für unser Geschlecht, wie für das ganze Volk schädlichen Erscheinungen zu bekämpfen, war eine der Hauptaufgaben unserer Gruppen. Der geschäftsführende Ausschuß der Partei erklärte die Aufnahme der Frauen in die Parteiorganisationen für eine unbedingte Notwendigkeit. Der im Jahre 1912 begründete Propagandaausschuß der nationalliberalen Frauen erfreute sich nicht nur des zugesagten „Wohlwollens" der Parteileitung, sondern er erhielt auch pekuniäre Unterstützung. Frauen bekamen allenthalben Sitz und Stimme in den Vorständen der ein-

zelnen Organisationen, und seit dem November 1917 bestand die Absicht, Frauen in den Zentralvorstand der Partei zu wählen, eine Absicht, die im März 1918 durch Zuwahl von 3 Frauen: Julie Bassermann, Else Falk und Clara Mende auch verwirklicht wurde. Im Oktober 1918 hatten die nationalliberalen Führer die Eingabe mit unterschrieben, die der Reichstag vorbereitete, um den Frauen das politische Wahlrecht zu geben.

So standen die Dinge, als die Revolution kam, und die alten Parteien mit in den Trümmerhaufen des deutschen Reiches versanken. Dann kamen die neuen Parteien, und die Revolutionsregierung brachte den Frauen als erstes Geschenk die volle politische Gleichberechtigung; da nun die Frauen auch noch die Mehrheit unter allen Wählern darstellten, setzte ein großes Wettrennen der Parteien um die Frauen ein. Die Deutschnationalen, die ehemaligen Konservativen, hatten es am schwersten, sie hatten bisher am wenigsten positive Arbeit für Frauenforderungen und -Bestrebungen getan, die Frauen, die ihnen am nächsten stehen, hatten ja noch im März 1918 das Frauenwahlrecht abgelehnt und sogar zum Kampf gegen diese Forderung aufgefordert. Ihre Stellung ist durch diese Taten der Vergangenheit nicht gerade leicht, Führer und Führerinnen sind bei ihnen belastet und können nicht jeder Kritik standhalten, die naturnotwendig einsetzen muß, wenn sich unter den deutschnationalen Kandidatinnen für die Nationalversammlung sogar Führerinnen aus dem Bunde zur Bekämpfung der Frauenbewegung befinden. Ein solches Umlernen in so kurzer Zeit erscheint wenig glaubhaft. Das Zentrum hat sich mit der ihm eigenen Geschicklichkeit und mit Hilfe der Geistlichkeit seine Frauen sehr bald und sehr schnell ebenso gut erzogen, wie früher seine Männer, und darum fand die neue christliche Volkspartei genügend Kandidatinnen zu präsentieren und genügend Rednerinnen für den Wahlkampf.

Freisinn und Nationalliberale kamen durch die Ansprüche der plötzlich auf dem politischen Schauplatz erscheinenden Demokratie in eine unruhige Zeit hinein, bis sich die Geister schieden, und der alte Freisinn unter dem neuen Namen Deutsch-demokratische Partei im allgemeinen blieb, was er gewesen, während das nationalliberale Erbe von der deutschen Volkspartei übernommen wurde.

Innerhalb dieser beiden Parteien war die große Masse der bürgerlichen Frauen vertreten, die bekanntesten Führerinnen der deutschen Frauenbewegung, fast der ganze Stimmrechtsverein marschierten nach links und wurden Demokraten. Eine breite Schicht von Frauen, die völlig unorientiert waren, folgte den bekannten Namen langjähriger Führerinnen, in der schüchternen Annahme, daß kluge Frauen das richtige wählen würden. Diese etwas gedankenmüden Nachfolgerinnen haben nicht bedacht, daß man nicht in eine Partei eintreten kann, oder besser gesagt darf, wie in einen Kegel- oder sonstigen Verein, die Partei repräsentiert eine Weltanschauung, der ich mich anschließen kann, oder die ich ablehnen muß, gleichgültig, ob auch mein Bruder oder mein bester Freund sich so oder so entscheidet. Diese Mitläuferpolitik ist nichts wert, nicht für die Männer, erst recht aber nicht für die Frauen, die vorläufig noch in dem Stadium sind, wo man Politik mit dem Herzen macht.

Darum kam mir die Frage „warum gehört die Frau nur in die Deutsche demokratische Partei?" immer so töricht, so anmaßend vor, sie trifft nicht den Kern, sie ist nur agitatorisch zu bewerten; denn dieselbe Frage muß jede andere Partei stellen, und vor allen Dingen muß sich jede Frau die Frage vorlegen „in welche Partei gehöre ich?" Nach reiflicher Prüfung entscheidet sich der angehende Politiker für eine Partei, und es ist uns natürlich eine große Freude gewesen, daß so viele Frauen die Frage mit dem Satze „Ich gehöre in die Deutsche Volkspartei" beantwortet haben.

Was bietet die Deutsche Volkspartei den Frauen?

Sie hat, wie oben bemerkt, das Erbe der alten einst so machtvollen und stolzen Nationalliberalen Partei übernommen, auch der Frauenwelt und Frauenbewegung gegenüber. Die Partei erstrebt „die volle politische Gleichberechtigung der Frau für alle Zukunft und Zulassung der Frauen zu allen Ämtern nach geeigneter Vorbereitung."

In diesem knappen Satz ist alles gesagt, und die Frauen können damit ganz zufrieden sein, wenn sich diese Programmforderung restlos erfüllen läßt. Ob das geschieht, liegt nicht allein bei der Partei, das liegt in den ganzen inneren und äußeren Verhältnissen unseres Volkes und seiner Weiterentwicklung und liegt nicht zuletzt an den Frauen selbst. Auch rein äußerlich betrachtet ist die Stellung der Frau in der Volkspartei so wie wir sie uns wünschen können, im Parteivorstand, im Zentralvorstand, im geschäftsführenden Ausschuß, in allen Landes- und Ortsorganisationsvorständen sind Frauen vertreten, und wir Frauen in der Volkspartei legen als Vertreterinnen einer liberalen Anschauung gerade Wert darauf, daß die Persönlichkeit, die zu einer Stellung geeignet ist, auch dazu gewählt wird, ohne Rücksicht auf Geschlecht, Alter und Rang. Das rein demokratische Massenideal lehnen wir grundsätzlich ab, darum keine Vertretung der Frauen nach dem Prozentsatz der weiblichen Mitglieder eines Lokalvereins, sondern nur eine Vertretung nach Persönlichkeitswerten. Es ist Aufgabe der in der Partei organisierten Frauen, sich solche Persönlichkeiten heranzuziehen, heranzubilden und vorzuschlagen. Deshalb wollen wir Frauen in der Deutschen Volkspartei auch keine Frauensonderorganisationen mehr, weil sie im Grunde zwei große Nachteile haben, einmal zersplittern sie die Kräfte und die Mittel der Partei, und zum anderen machen sie die Frauen zu Parteiangehörigen zweiten Grades, sie werden dann leicht mit den Jugendorganisationen auf eine Stufe gestellt werden und ein Abhängigkeitsverhältnis von der Männerorganisation wird bald geschaffen sein. Diese Absonderung fördert auch wieder die stärkere Betonung von Frauensonderwünschen, die wir vermeiden wollen und vermeiden müssen. Es gibt so unendlich viel im Deutschen Reich zu tun beim Wiederaufbau unseres vollständig zerstörten Volkstums, daß es unbedingt nötig ist, nach keiner Richtung hin eine Zersplitterung eintreten zu lassen. Die politischen Parteien hatten niemals mehr als jetzt die Aufgabe, sich ganz in den Dienst des Vaterlandes zu stellen, und darum dürfen sie in ihrem Kreis keine Kraft verschwenden, sondern alles zusammenfassen für das eine große Ziel.

Die Frauen sollen an allen Parteifragen teilnehmen als gleichberechtigte Parteimitglieder, daneben aber sollen sie die Fragen des öffentlichen Lebens gerade als Frauen ansehen, weil diese Augen anders zu schauen vermögen als Männeraugen, aber beider Schauen, beider Auffassung soll zusammengefaßt werden im Interesse des Volkes und des Vaterlandes. Zu dieser Gleichberechtigung, zu dieser Gemeinschaftlichkeit will die Deutsche Volkspartei ihre weiblichen Mitglieder erziehen, aber auch die Männer müssen dazu noch erzogen werden. Es steckt im Mann so unwillkürlich der Frau gegenüber ein Rest von absoluter Herrschaftsauffassung, dieser Rest muß bekämpft werden, und das kann nicht nur Aufgabe der Parteileitung sein (dazu ist sie noch zu männlich zusammengesetzt), das gerade ist die Aufgabe der Frau in der Partei. Durch strenge Arbeit und Weiterbildung an sich selbst wird sie hineinwachsen in die Ziele und Gedanken der Partei und wird dadurch wertvolle Mitarbeit leisten, die Männer aber auch am besten belehren, daß die Frau gleichberechtigt ist und als guter Kamerad gewertet werden muß. In den Parlamenten ist ein ganz neues Gebiet der Zusammenarbeit von Mann und Frau im öffentlichen Leben gegeben, es ist nicht leicht für die weiblichen parlamentarischen Neulinge sich in das Leben der Fraktionen einzufügen. Männer untereinander stellen ihr Leben, ihren Verkehrston ganz anders ein und die Frauen, die hineinkommen, stören sie im Althergebrachten; auch der männliche parlamentarische Neuling ist schneller heimisch. Die Frauen müssen aber streng darauf sehen, daß sie hier im engen Kreis die volle Gleichberechtigung erlangen, nicht um ihrer persönlichen Eitelkeit willen, sondern um des Geschlechtes willen, daß sie als erste vertreten und dem sie die Stellung bereiten müssen, die ihm zukommt. Deshalb braucht die Parlamentarierin nicht zu vermännlichen, dem Fraktionskollegen alles gleich zu machen und nachzuahmen, auch hier kann sie Frau bleiben und wird dadurch sich und ihrem Geschlecht mehr nützen. Aber vollen Anspruch erheben auf alle Arbeit in der Fraktion, in Kommissionen und im Plenum, und die deutsche Volkspartei verspricht in dieser Beziehung den Frauen eine gute Aussicht.

Was zieht die Frauen in die Deutsche Volkspartei?

Die Ideale der Deutschen Volkspartei liegen auf nationalem, liberalem und sozialem Gebiet. Sind das neue Gedanken, die für die Frauenwelt besondere Anziehungskraft haben? Wie eine echte Frau in ihrer Familie den Mittelpunkt ihres ganzen Lebens findet, so ist ihr das Volk nur die erweiterte Familie, und sie umfaßt es mit ihrer ganzen Liebe. Die nationale Idee wurzelt fest in der Deutschen Volkspartei und ist ihr Leitmotiv für ihr Tun und Handeln. Sie kann jede Regierung unterstützen, die dem deutschen Nationalgefühl, nationaler Würde und nationaler Ehre den gebührenden Tribut zollt. Darum konnte die Deutsche Volkspartei den Frieden nicht unterzeichnen, der Millionen deutscher Stammesgenossen losreißen will und sie fremden Völkern einverleiben, wir wollen unsere Brüder nicht heimatlos werden lassen, weil wir es selbst nicht ertragen könnten, heimatlos zu sein, und weil das Höchste und Heiligste, was in dem Menschen lebt, sein Vaterland und seine Muttersprache sein muß. Das stark ausgeprägte

Nationalgefühl bestimmt die Deutsche Volkspartei auch in ihrer Stellung zur Vergangenheit. Deutschtum und Deutschland können nicht als bestehend gedacht werden erst seit dem 9. November, unsere Heimatgeschichte, auf die wir stolz gewesen sind bis zu jenem Tag, und deren sich unsere Kinder noch einmal freuen sollen, wenn die letzten Monate nur noch als dunkle Schatten zwischen lichteren Bildern stehen, beginnt in fernen Tagen, wo deutsche Kraft und deutscher Stolz noch unberührt von fremden östlichen Schwärmern und anderen Geschäftemachern, das deutsche Reich errichteten; wir freuen uns noch heute an den Kraftgestalten jener führenden Männer, und wir wünschen unserer jetzigen Regierung nichts mehr, als daß sie sich so erweisen möchte, daß noch ferne Zeiten von ihren Führern als von geeigneten Männern in schwerer Zeit berichten können. Wir wollen das Andenken jener hoch halten, die Deutschland in großer Zeit geführt, es unseren Kindern vererben als bestes Vermächtnis entschwundener Tage deutschen Glückes. Die Deutsche Volkspartei findet sich mit den gegebenen Zuständen und Einrichtungen ab, weil sie Realpolitik treiben will, und weil sie ihr Volk und Vaterland viel zu sehr liebt, um neue Kämpfe heraufbeschwören zu wollen, die das deutsche Volk nur gegen sich selbst ausfechten müßte. Aber niemand soll uns hindern, dankbar zu sein, und das Ideal einer besseren Regierung und Regierungsform hochzuhalten, festzuhalten auch an dem Gefühl nationaler Würde, das durch geeignete Männer auch in der Regierung zum Ausdruck gebracht werden muß.

Liberal ist die Deutsche Volkspartei, sie will jedem Einzelnen sein Recht geben, nicht einer Minderheit, nicht eine Volksklasse soll herrschen und bestimmen dürfen, alle sollen sich frei entfalten können und ihre Kräfte messen in edlem Wettbewerb. Die Frauen sind alle subjektiv, darum gehören sie in eine Partei, die der Subjektivität großen Spielraum läßt. Die Frau, die sich selbst in ihrer ganzen Persönlichkeit durchsetzen will, muß der öden Gleichmacherei unserer traurigen Tage durchaus ablehnend gegenüberstehen. Die Partei will versuchen jedem gerecht zu werden, darum wird sie immer auch in diesem echt liberalen Sinn die berechtigten Forderungen der Frauen unterstützen und die volle politische, wirtschaftliche und gesetzliche Gleichberechtigung der Geschlechter verlangen, sie wird in Wahrung ihrer liberalen Grundsätze auch den Frauen die Zulassung in alle für Frauen geeignete Ämter unter Voraussetzung der gleichwertigen und vollwertigen Vorbereitung gewährleisten. Die Frau soll als Mutter und Erzieherin der kommenden Geschlechter, als Helferin im sozialen, als Mitarbeiterin im wirtschaftlichen und als Mitkämpferin im kulturellen und politischen Leben weitgehendste Würdigung erfahren. Deshalb tritt die deutsche Volkspartei auch ein für die Aufhebung der Beschränkung der weiblichen Beamten hinsichtlich ihrer Verheiratung und ähnlicher Beziehungen. Wenn wir uns auch bewußt sind, daß die vornehmsten Pflichten der Frau im Haus und Familie liegen, so wünschen wir keine Beschränkung ihrer persönlichen Freiheit und ihrer Entschlüsse. Natürlich kann die Volkspartei keine Frauenpolitik treiben, um ihren weiblichen Mitgliedern entgegenzukommen, sondern die Partei muß sorgfältig abwägen, auf welcher Seite die größeren Vorteile für die Gesamtheit des Volkes liegen, und darum kann

es schon einmal vorkommen, daß auch Frauenwünsche nicht erfüllt werden können, ohne daß damit eine frauenfeindliche Tendenz zum Ausdruck gebracht wird.

Die Deutsche Volkspartei ist sozial, im vollen Gegensatz zum sozialistischen Staat und zur sozialistischen Gesellschaftsordnung. Wir wollen nicht einer einzigen Klasse zum Sieg und zur Herrschaft verhelfen; weil ein Volk immer aus unterschiedlichen Menschen und verschiedenen Klassen bestehen wird, kann nicht eine Klasse allein für alle bestimmen wollen. Aber sozial wollen wir sein, d. h. allen wirtschaftlich Schwachen wollen wir helfen. Darum stellt sich die Volkspartei auch nicht in schroffem Gegensatz zu den neuen Einrichtungen der Republik, die den Arbeitern größere Rechte geben will. Darum bekämpft sie nicht ohne jede Einschränkung das Rätesystem, sondern sucht das Gute herauszunehmen, aber nicht weil die große Masse das nun mal so will, sondern weil sie eingesehen hat, daß die Arbeiter und Angestellten in mancher Beziehung besser gestellt werden müssen. Aber weil uns die Masse allein nicht imponiert, geben wir auch nicht in allen diesen Wünschen nach, sondern suchen auch die anderen Gesellschaftsklassen zu schützen vor Übergriffen und unberechtigten Einmischungen. Die schroffen Klassengegensätze zu mildern, will uns aber scheinen, ist eine besondere Frauenaufgabe, die Frau kann sich vielleicht doch besser einfühlen in die seelischen Nöte anderer, und sie hat nicht umsonst von der Natur ihre echt weiblichen Eigenschaften erhalten, nie anders als im sozialen Leben kann sie sie nutzbringender verwenden.

Die Frauen können und sollen auch im politischen Leben die Brücke zwischen gegensätzlichen Anschauungen bilden und die deutsche Volkspartei, die als eine Mittelpartei gedacht ist und als solche notwendig ist, kann auch im sozialen Leben die Vermittlung zwischen Kapitalismus und Sozialismus übernehmen, sie kann eine Arbeitsgemeinschaft im besten Sinne werden, wenn sich in ihr alle die produktiven Kräfte von rechts und links vereinen, die notwendig sind zum Aufbau des deutschen Volks- und Wirtschaftslebens. Wir wollen nicht nur für die Beamtin sorgen und ihr Fortkommen erleichtern, die Nöte der Arbeiterin liegen uns ebenso am Herzen, am meisten die Not der Deutschen, die künftighin keine Arbeitsmöglichkeit im eigenen Lande haben werden.

Die Neigung, die wirtschaftlich Schwachen zu schützen und zu stützen soll uns aber nicht verleiten, in heilige alte Rechte einzugreifen: Die Begriffe Privateigentum und Familie sind es, die uns da vor allen Dingen vor Augen schweben, bei dem Bemühen, diese Einrichtungen rein und unbeschädigt zu erhalten, sind wir der freudigen Unterstützung der Frauen sicher.

Die Mütter arbeiten, sparen und sorgen nur für ihre Kinder, und was sie in jahrelangem heißen Bemühen für diese erworben, wollen sie nicht einen Phantom der allgemeinen Gleichheit zum Geschenk machen. Der Opfersinn der deutschen Frau, der sich im Krieg so oft betätigt hat, wird davon nicht berührt; wenn es jetzt gilt, dem deutschen Vaterland für seinen Wiederaufbau von seinem Vermögen zu geben, wird das jede tun, weil sie weiß, daß wir ein armes Volk geworden sind, und ein Einzelner jetzt nicht das Recht hat, sich und die Seinen zu schonen, Kriegsgewinnler und Schieber

schützen die Frauen der Deutschen Volkspartei nicht. Der gute alte deutsche Sparsamkeitssinn, die treu vorausschauende Mutterſorge für des Kindes Zukunft werden wir aber darum nicht aufgeben; können wir nicht aufgeben, weil die Frauen immer in erſter Linie Mutter ſein werden. Der Familienſinn iſt noch ſtark vorhanden in einzelnen Schichten unſeres Volkes, in anderen hat er ſich gelockert und droht zu verſchwinden. Es muß Aufgabe einer jeden deutſchvolkstümlich empfindenden Frau ſein, in ihrem Wirkungskreis für die Wiederbelebung dieſes Gedankens einzutreten. Die Familie iſt die Grundlage des Staats- und Volkslebens, wo keine geſunde feſte Baſis mehr vorhanden, läßt ſich auch nichts mehr aufbauen. Darum treten wir auch nicht ein für die Anerkennung illegaler Verhältniſſe durch die Geſetzgebung, wir wollen nur eine Form der Familie unter unſere Geſetze ſtellen, alle anderen Verbindungen müſſen ſich damit abfinden, daß ſie außerhalb der gegebenen Schranken ſtehen, damit braucht noch nicht eine Verachtung jener ausgeſprochen zu werden, die aus irgend welchen Beweggründen zu dieſem Schritt gekommen ſind.

Wohl aber wollen wir einen ſtärkeren Schutz, eine beſſere ausgedehntere Fürſorge für das jener Verbindung entſproſſene Kind anſtreben; ihm, den an ſeiner Geburt Unſchuldigen, muß der Makel genommen werden. In jeder Beziehung muß hier eingetreten werden, daß der Staat die Pflichten übernimmt, die der leichtſinnige, gewiſſenloſe Vater vernachläſſigt, damit das Kind zu einem anſtändigen, brauchbaren Menſchen heranwachſen kann, in ſeinem und im Staatsintereſſe. Anſpruch auf den Namen des Vaters und volles Erbrecht wie dem ehelichen Kinde können wir ihm aber nicht zubilligen, weil wir eben die Familie ſchützen wollen.

In der gleichen Richtung bewegt ſich der Wunſch, die Hausfrau und Mutter aller Stände möglichſt aus dem Berufsleben herauszubringen. Ein Ideal! Darum noch unerreichbar. Unſere wirtſchaftlichen Zuſtände ſind heute derart, daß auf den Miterwerb der Frau vielfach nicht verzichtet werden kann, darum ſoll aber nun alles geſchehen, um dem harten Muß alle unnötigen Härten zu nehmen. Darum muß das Zölibat der Beamtin aufgehoben werden, damit die Beamtin frei entſcheiden kann, ob ſie zwei Berufe vereinen kann und will und ſich damit ihre volle Befriedigung als Menſch und Frau zu ſchaffen; damit aber auch die doppelte Arbeitsleiſtung der Frau nicht minder bewertet wird als die der Kollegin, die nur eine Arbeit leiſtet. Die Beamtin darf nicht gezwungen werden, eine andere nicht gelernte und darum minder bezahlte Arbeit zu übernehmen, wenn ihr der geſetzmäßige Weg Zulagen und Anſpruch auf Penſionierung, alſo damit eine größere wirtſchaftliche Sicherheit gewährleiſtet.

Wir fürchten nicht, daß zu viele Frauen aus reinem Sport die doppelte Belaſtung übernehmen werden, wenn die Einnahmen des Mannes groß genug ſind, die Familie ſelbſtändig erhalten zu können, werden die meiſten Frauen vollſtändig befriedigt ſein, wenn ſie ſich allein ihrem natürlichen Beruf widmen können.

Die Partei ſteht der Bodenreform und Wohnungsreform mit größtem Intereſſe gegenüber, und auch hier dürfte ſie Anziehungskraft für viele

Frauen bieten, da diese Zweige der Sozialpolitik ohne die Mitarbeit der Frau gar nicht bearbeitet werden können. Hierbei rechnet die Volkspartei stark auf die Mitarbeit der Frauen und bietet ihnen damit ein reiches Feld segenbringender Arbeit, die sich besonders in den Gemeindevertretungen auswirken wird. In Zusammenhang mit Boden- und Wohnungsreform steht die Frage der Siedelungspolitik und Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge. Die traurigen Opfer des Krieges bedürfen besonderer Berücksichtigung, Reich, Land und Gemeinde sind gleichmäßig daran beteiligt, aber auch der Einzelne, und die notwendige Verschiebung der Bevölkerung zwischen Stadt und Land bedarf der genauesten Prüfung und Mitarbeit, wieder ein Gebiet, wie geschaffen für die Frau. Alle Ortsgruppen, alle Landesorganisationen, alle öffentlichen Körperschaften, Gemeinde-, Land und Reichsparlamente müssen hier energisch vorgehen und sich aller Frauen bedienen, die diesen Plänen zustimmen und zu helfen vermögen. Um neue Landbevölkerung zu gewinnen, genügt es nicht, Stadtbewohner auf das Land zu überführen, der erwachsene Städter eignet sich oft nicht, aber die Jugend, die Kriegswaisen erziehe man schon auf dem Land und mache sie bodenständig, indem man sie draußen festwurzeln läßt, und die Mütter dieser Landheime werden Kriegerwitwen und einsame Frauen, denen dadurch ein Heim und eine segenbringende Tätigkeit geboten werden kann.

In nationalen, liberalen und sozialen Gedankengängen erschöpft sich die Arbeit der Volkspartei, und sie will diese drei Grundbegriffe ihrer Politik auch in allen Kulturfragen zur Betätigung bringen, deshalb fordert sie eine deutsche Erziehung für die Kinder unseres Volkes, die führenden Persönlichkeiten unserer Partei möchten die alten Fehler der Ausländerei und des Anbetens fremder Sitten, Gebräuche und Moden nicht wieder eingeführt haben, wenn England, Frankreich, Amerika für viele Deutsche ihre Anziehungskraft verloren haben, wollen wir auch keine russischen Vorbilder haben. Eint uns mit Rußland das unglückliche Geschick unserer beiden Länder, nach russischem Muster wollen wir den Neubau unseres Staates nicht errichten, und darum muß in unsere deutsche Jugend ein starkes Volksbewußtsein durch Erziehung und Unterricht eingepflanzt werden, und die Mutter muß dazu helfen, wenn die Schule versagt. In einer Hinsicht wird die neue Staatsschule versagen, sie wird versagen in der Erziehung zum Deutschtum, zum deutschvölkischen Bewußtsein. Wenn in der Verfassung zum neuen deutschen Volksstaat steht, daß der Unterricht in Bürgerkunde in „völkerversöhnendem Geist" gelehrt werden soll, so erweckt das Wort schwere Besorgnis, wollen wir wirklich die Illusionspolitik, die uns seit Juli 1917 in immer größeres nationales Unglück hineingeführt hat, beibehalten. Soll die Volkspartei zufrieden sein, sich zufrieden geben, wenn der Geist der Erzberger und Scheidemann, dieses würdelose Preisgeben deutschen Nationalstolzes auch der heranwachsenden Jugend eingeimpft wird? Wir Frauen der Deutschen Volkspartei haben eine andere Auffassung von den Aufgaben für unsere deutsche Jugend in der Zukunft: wir wollen sie lehren, deutsch zu fühlen und zu denken und einmal, wenn die Zeit gekommen ist, auch wieder deutsch zu handeln. Nicht völker-

versöhnend, sondern volksversöhnend soll sie denken, die krassen Gegensätze im eigenen Volk sollen überbrückt werden, damit einmal wieder ein einiges deutsches Volk dem Ausland gegenüber steht und alles was deutsch ist und was jetzt von uns getrennt wird, wird dann Schulter an Schulter neben uns stehen: das soll die Zukunftshoffnung unsrer Erziehung sein. Die Volkspartei will auch eine religiöse Erziehung beibehalten, wie ihr überhaupt die autoritative Stellung der Kirche im Staat Bedürfnis ist.

Die liberalen Grundsätze sollen in Schule und Kirche ebenso zur Geltung kommen wie in Kunst und Wissenschaft. Der Grundsatz der freien Bahn für den Tüchtigen soll gleichmäßig auch auf die Frauen angewendet werden, darum muß noch manche Schranke fallen, die jetzt noch den Aufstieg der tüchtigen Frau hindern kann. Die Volkspartei tritt ein für die Forderung der Frauen und wird die Wünsche der Frauenbewegung unterstützen, immer aber von dem Gesichtspunkt aus, wie damit dem Volksganzen und dem Volkswohl am besten gedient wird.

Die Volkspartei steht zwischen der Deutschnationalen und der Deutschen demokratischen Partei, sie ist eine Notwendigkeit für alle diejenigen bürgerlichen Elemente, die nicht gewillt sind, mit der Sozialdemokratie durch dick und dünn zu gehen, für diejenigen, die sich noch trauen vom deutschen Reich zu sprechen, denen das Entsetzen der Franzosen vor dem Empire allemand ziemlich gleichgültig ist. Sie sammelt die um sich, die so viel nationales Ehrgefühl behalten haben, daß sie die stolze schwarz-weiß-rote Fahne nicht aufgegeben haben um einer Flagge willen, die einmal wehen sollte über einem deutschen Reich, das nicht zustande gekommen ist. Die Frauen der Deutschen Volkspartei sehen nie und nimmer in dem 9. November den Tag „der Befreiung der mißhandelten Volksseele", und die Deutsche Volkspartei möchte auch solche Frauen nicht unter ihren Anhängern haben, sie will stolze, deutsche Frauen, die auch dem gedemütigten und gebrochenen Vaterland noch mit opferfreudiger Liebe anhängen, wie früher dem glücklichen Deutschland, weil echte Frauen so viel mütterliches Empfinden haben müssen, daß sie ihren unglücklichen Kindern am meisten Liebe entgegenbringen, deshalb möchte die Deutsche Volkspartei nur solche Frauen in ihren Anhängern sehen, die jetzt den ganzen Schatz ihres mütterlichen Empfindens dem unglücklichen Vaterland und den armen Volksgenossen entgegenbringen, um mit zu helfen beim Wiederaufbau von Staat und Gesellschaft, und die gewillt sind, mit versöhnender Liebe Vergangenheit und Gegenwart zu verbinden, um damit dem Glück der Zukunft vorzuarbeiten.

Sie ist aber auch eine Notwendigkeit für diejenigen, die nicht nur am Alten hängen bleiben, weil sie mit den Tatsachen der Gegenwart rechnen, und weil sie nicht grundsätzlich Opposition treiben wollen, die letzten Endes nur dazu führt, die Gegensätze immer mehr zu vertiefen und die innere Zerrissenheit unseres Volkes zu fördern. Die Volkspartei kann und will nicht die Wurzel verleugnen, aus der sie entsprossen ist. Eine liberale Weltanschauung kann sich mit einer letzten Endes doch noch konservativen nicht verbinden und muß selbständig bleiben. Der Gegensatz zur Sozialdemokratie sollte die bürgerlichen Parteien näher bringen, die

Deutsche demokratische Partei verwischt ihn aber geflissentlich, darum muß sie konsequenterweise in Opposition zu den übrigen Parteien kommen, und die beiden anderen werden sich häufiger auf einer Linie treffen, ohne darum die übrigen grundlegenden Gegensätze, die sich in ihren Parteien finden, zu verwischen.

Die Frauen aller Parteien müssen sich in diese Gedankengänge hineindenken, um ganz in ihren Parteien Fuß zu fassen, dann werden sie ihre staatsbürgerlichen Pflichten gegenüber der Partei und dem Vaterland, das für uns noch immer über der Partei steht, erfüllen können, und damit in ihre eigene volle Befriedigung, auch vollste Pflichterfüllung gegenüber der Partei und dem Staate finden.

In diesem Sinne möchte die Volkspartei den Frauen dienen, und in diesem Sinne rechnet sie auf den Frauendienst an der Partei und am Vaterland.

Staatspolitischer Verlag G. m. b. H.,

Berlin W 66, Wilhelmstr. 46-47.

*Aufgaben der deutschen Landwirtschaft und deren Vertretung durch die Deutsche Volkspartei. Von Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Backhaus. 2. Auflage . . . . . geh. M. 1,—

Preußens Zerstückelung — Deutschlands Untergang. Von Dr. O. Boelitz, M. d. L. 2. Auflage . . . . . geh. M. 1,—

Ich bin ein Preuße. Von Josef Buchhorn . . . . . geh. M. 1,—

Zwischen Goethe und Scheidemann. Von Josef Buchhorn . . . . . geh. M. 1.—

Deutsche Jugend, wach' auf! Von Josef Buchhorn . . . . . geh. M. 1,—

Die Wahrheit über die Waffenstillstands-Verhandlungen. Wie Erzberger das deutsche Volk abfertigt. Von Dr. A. Friedrich . geh. M. 1,—

Marine, Krieg und Umsturz. Von Korvetten-Kapitän Hintzmann. 3. Aufl. geh. M. 1,—

*Der Mittelstand und die Deutsche Volkspartei. Von Dr. O. Hugo, M. d. N. 2. Auflage . . . . . geh. M. 1,—

Kriegszielpolitik und Friedensschluß. Von Otto Kelling . . . . geh. M. 1,—

*Liberalismus und Demokratie. Von Reg.-Rat Prof. Dr. Leidig . geh. M. 1,—

*Gemeinde-Politik. Von Bürgermeister Dr. O. Maretzky, M. d. N. . geh. M. 1,—

*Wirtschaftspolitische Industrie-Verbände. Von Dr. J. Reichert . geh. M. 1,—

Das Kulturprogramm der Deutschen Volkspartei. Von Prof. D. Hermann Schuster. 2. Auflage . . . . . geh. M. 1,—

*Die Kunst des Redens. Von Dr. Wilh. Spickernagel. 2. Auflage . geh. M. 1,—

Die Politik der Deutschen Volkspartei. Rede, gehalten auf dem ersten Parteitag der Deutschen Volkspartei zu Jena am 13. April 1919 von Dr. Gustav Stresemann, M. d. N. . . geh. M. 1,—

*Handel und Schiffahrt. Von F. H. Witthoefft, M. d. N. 2. Auflage . geh. M. 1,—

Die Entstehung der Deutschen Volkspartei. . . . . geh. M. 1,—

Zur Frage der Reichseinkommensteuer. Von Geh. Ober-Regierungsrat v. Eynern . . . . . geh. M. 1,50

Die kompromittierten Politiker. Von Jan Eyssen . . . . . geh. M. 1,75

Ludendorff. Von Dr. Wilh. Spickernagel . . . . . geh. M. 4,— geb. M. 6,50

In Vorbereitung:

Vaterländische Predigten. Von Friedrich Schleiermacher. Eine Auswahl in zwei Heften . . . . . Heft I M. 3,—

„Dennoch", Deutschlands Weltkriegszeit — die Gewißheit seines Wiederaufstiegs. Von Josef Buchhorn . . . . . geh. voraussichtlich M. 1,—

Schwarz, Weiß, Rot, eine Sammlung politischer Gedichte. Von Josef Buchhorn . . . . . geh. M. 1,—

Die Einheitsschule — ein Kulturprogramm. Von Lyzeallehrer Otto Stiller . . . . . geh. voraussichtlich M 1,—

Von der Revolution bis zum Frieden von Versailles. Von Dr. Gustav Stresemann, M. d. N. geheftet und gebunden, Preise unbestimmt.

*) Vorträge aus dem Politischen Kursus der Deutschen Volkspartei in Berlin.

Bei vorheriger Einsendung des Betrages entstehen 10 Pfennige Versand-Unkosten, die man beifügen wolle — Nachnahmesendungen erhöhen die Unkosten, die mit erhoben werden. —

Deutsche Stimmen

Wochenschrift · Herausgeben Dr. G. Stresemann, M. d. R.

Mit monatlich erscheinender Beilage

„Die Frau in der Politik"

Schriftleitung: Klara Mende, M. d. R.

Die Revolution hat das alte Deutschland gestürzt, ein neues gilt es aufzubauen. — Das Bewährte aus der Vergangenheit mit in die Zukunft hinüberzunehmen, aber kühn und mutig auf moderner Grundlage ein neues, freies Deutschland aufzubauen, das sich seines alten Bekenntnisses zu einem machtvollen Deutschtum nicht schämt, ist die Aufgabe der Gegenwart. / Diesem Sinne entspricht die Haltung, welche die Wochenschrift „Deutsche Stimmen" vertritt. In bedeutungsvoller Zeit fordern wir zur Mitarbeit und zum Eintritt in den Leserkreis der „Deutschen Stimmen" auf.

Staatspolitischer Verlag G. m. b. H.

· Berlin M 66 ·

Jahresbezugspreis 16 M. Halbjährig 8 M.
Einzelnummer 50 Pf.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Buchhandlungen, sowie auch der Verlag entgegen.

University of
Connecticut
Libraries